

DER SPIEGEL vom 16.02.2019 Seite 41 / Deutschland

Deutschland

Nein heißt Ja

In Freiburg könnten die Bürger einen neuen Stadtteil verhindern

Dürfen Bürger einen neuen Stadtteil für andere Bürger verhindern? In Freiburg versuchen sie es - die entscheidende Abstimmung steht kurz bevor.

Das Areal, um das sie streiten, liegt vier Kilometer westlich der Innenstadt in Richtung Autobahn. Wo Tausende Wohnungen für 15 000 Menschen entstehen sollen, ragt zwischen matschigen Äckern nur ein Erdhügel hervor. Die Gegner haben ihn aufgeschüttet, um die veränderte Bodenhöhe zu illustrieren, die wegen des hohen Grundwasserspiegels für den neuen Stadtteil von Freiburg im Breisgau nötig wäre. Auf dem Hügel liegt ein Banner: »Dietenbach 3m! Aufschüttung! Ökologisch? Klimaneutral? Adieu Green City.«

Es ist eines der größten Wohnbauprojekte in Deutschland. Doch die Bürger könnten verhindern, dass hier künftig neue Bürger wohnen. Hat die Initiative »Rettet Dietenbach« Erfolg, war's das mit dem Projekt, das die Stadt sechs Jahre lang geplant und der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen hat. Laut der baden-württembergischen Gemeindeordnung sind Bürgerentscheide bindend.

Vielerorts tun sich Kommunalpolitiker schwer, große oder auch nur kleine Bauprojekte durchzusetzen. Per Bürgerentscheid wurde 2016 in Emmendingen bei Freiburg der Bau von Wohnungen für 1500 Menschen verhindert, in Stutensee bei Karlsruhe der Plan für ein neues Wohngebiet. In München formiert sich Widerstand gegen zwei Stadterweiterungen im Norden und Nordosten.

In Stuttgart sprach sich der Chef der CDU-Landtagsfraktion mit Blick auf Freiburg dafür aus, die Mitsprache bei Bauvorhaben abzuschaffen. Der Gemeindegatspräsident Roger Kehle warnt gar vor einer

»Verhinderungsdemokratie«. Die Landesregierung unterstützt das Bauvorhaben. Eine Umfrage sagte zuletzt eine Mehrheit für den neuen Stadtteil vorher. Aber niemand weiß, ob der Souverän so entscheidet.

Die Baugegner wehren sich gegen den Vorwurf, sie folgten nur dem Egoismus der Alteingesessenen: »Wir sind keine Verhinderer«, heißt es auf der Website des Bündnisses. Und: »Wir haben keinen direkten persönlichen Vorteil, wenn unsere Sache gewinnt.«

Dass sich die Gegenbewegung ausgerechnet in Freiburg formiert, ist kein Zufall. Die Stadt mit mittlerweile 230 000 Einwohnern boomt seit Jahrzehnten. Sie gilt als sonnenreiches Traumziel für Studenten wie für Senioren, die Mietpreise zählen zu den höchsten bundesweit. In Freiburg hat auch der zivile Ungehorsam Tradition. In den Siebzigerjahren verhinderten Atomgegner ein Kernkraftwerk im nahe gelegenen Whyll am Kaiserstuhl. 2006 versagten die Bürger ihrem grünen Oberbürgermeister Dieter Salomon, ein Paket kommunaler Wohnungen zu verkaufen. Seinem Nachfolger, dem parteilosen Martin Horn, schlägt Kritik entgegen, weil auch er sich hinter den neuen Stadtteil stellte. Hauptsächlich Naturschützer tragen das Bündnis der Gegner, unterstützt von »Freiburg lebenswert«, einer Gruppierung im Gemeinderat. Die AfD ist ebenfalls dagegen, spielt in Freiburg aber keine Rolle.

Tausende Ladungen Erde und Steine seien nötig, um eine Bebauung zu ermöglichen, sagt der EDV-Kaufmann Ralf Schmidt, einer der Sprecher der Initiative. Im Bach lebe der Dietenbach-Egel, der nur hier vorkomme, das angrenzende Vogelschutzgebiet biete Rückzug für Schwarzmilan, Feldlerche oder Baumfalke. Zudem gelte es,

Frischluftschneisen für die im Sommer aufgeheizte Stadt frei zu halten: »Das Klima in Südbaden verändert sich schon jetzt.«

Die Stadtverwaltung betont, es gebe keine vergleichbare Fläche, und wirbt ihrerseits mit grünen Argumenten: 50 Prozent der Wohnungen sollen sozial gefördert werden, Baugenossenschaften zum Zug kommen. Die Infobroschüre verspricht einen »bunten Stadtteil«, »inklusiv und barrierefrei« mit »kommunikativen Freiflächen«, die Autos würden in Tiefgaragen verbannt.

»Es gibt einen allgemeinen Unmut gegenüber vielem, was der Staat macht«, sagt der Leiter der Projektgruppe, Rüdiger Engel. Der Beamte sieht sich einigen Verschwörungstheorien ausgesetzt und betont, er habe »einen Eid darauf geschworen, das Beste für die Menschen zu leisten«. Die Demokratie sei auf Kompromisse angewiesen, Bürgerentscheide mit Ja oder Nein führten bisweilen zu einer Zuspitzung: »Jeder Wahlkampf hinterlässt auch Verletzungen.«

Mehrmals überarbeitete die Stadt ihre Werbemittel. Die Botschaften seien immer emotionaler geworden, sagt Engel. Die Illustrationen zeigen nun glückliche Eltern mit Kindern, die auf der Straße spielen; Bürger werben mit Foto und Statement für den Stadtteil.

»Soll das Dietenbachgebiet unbebaut bleiben?«, so lautet die Frage, die alle Freiburger am 24. Februar mit Ja oder Nein beantworten sollen. Der Satz ist durch das vorangegangene Bürgerbegehren festgelegt, die Strategen der Stadt stellte er vor Probleme. Zunächst erwog man den Slogan »Nie war ein Nein so Ja«, doch der schien in Zeiten der #MeToo-Debatte unpassend. Nun wirbt die Stadt mit einer Doppelverneinung um den neuen Stadtteil: »Nie war ein Nein so Zukunft!«

Mail: jan.friedmann@spiegel.de

Friedmann, Jan

Bildunterschrift: ANTONIO PISACRETA / ROIP
Protestplakat in Freiburg »Jeder Wahlkampf hinterlässt auch Verletzungen«
K9 Architekten / Latz + Partner / die-grille
Illustration des geplanten Stadtteils

Quelle: DER SPIEGEL vom 16.02.2019 Seite 41


Ressort: Deutschland

Rubrik: Deutschland

Dokumentnummer: CODESCO-SP-2019-008-48437

Dauerhafte Adresse des Dokuments: https://www.wiso-net.de/document/SPIE_CODESCO-SP-2019-008-48437%7CTSPI_CODESCO-SP-2019-008-48437

Alle Rechte vorbehalten: (c) SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH